

Ärger wegen Fricks Taiwan-Reise

Frick setzte sich für Taiwan ein – chinesischer Botschafter trabte beim Ständeratspräsidenten an

Eine private Reise von Ständeratspräsident Bruno Frick (CVP/SZ) nach Taiwan schlägt Wellen. Die chinesische Botschaft in Bern hat sich beim Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten über Fricks Kontakte mit der taiwanesischen Führung beschwert.

sda./kk. Die chinesischen Diplomaten hätten ihr «Unverständnis» über die Reise des Ständeratspräsidenten ausgedrückt, bestätigte EDA-Sprecherin Carine Carey am Sonntag einen Artikel der «NZZ am Sonntag». Das EDA verweist auf die Gewaltentrennung, bezeichnet den Taiwan-Besuch von Frick aber als «nicht opportun». Der CVP-Politiker war bereits Mitte August in Taiwan, traf dort unter anderem den taiwanesischen Präsidenten Chen Shui-bian und sprach mit mehreren Journalisten. Der Zeitung «Taipei Times» sagte Frick unter anderem, dass er einen Beobachter-Status für Taiwan in der Weltgesundheitsorganisation (WHO) unterstütze. Bern lehnt dieses Ansinnen auf Druck Pekings ebenso ab wie andere Staaten und WHO-Generaldirektor Jong Wook Lee. China wehrt sich gegen jede Einbindung von Taiwan in internationale Strukturen. Taiwan hat eine demokratisch gewählte Regierung, gehört aber offiziell zu China. Für China ist Taiwan, in dem Frick für die Schweizer Wirtschaft viel Potenzial sieht, eine abtrünnige

Republik. De facto sei Taiwan ein eigenständiges Land, sagte Frick gestern dem «Boten».

Kritik von Kollegen

Fricks Parlamentarierkollegen sparen nicht mit Kritik. Erwin Jutzet, SP-Nationalrat aus Freiburg und Präsident der aussenpolitischen Kommission, sagte der «NZZ am Sonntag», eine solche Reise sei im Amtsjahr als Ständeratspräsident nicht angebracht. «Das ist noch milde ausgedrückt», erklärte Jutzet gestern gegenüber dem «Boten». Die Schweiz habe in China bedeutende Wirtschaftsinteressen, die man nicht leichtfertig aufs Spiel setzen solle.

«Nicht tragisch»

Bruno Frick hingegen versteht den Aufschrei in der Sonntagspresse nicht. Die Wirtschaftsbeziehungen mit China seien keineswegs in Gefahr. Frick hatte den chinesischen Botschafter Zhu Bangzao zu sich ins Büro des Ständeratspräsidenten eingeladen, weil er vom chinesischen Missfallen über seine Reise gehört hatte. Man habe sich ausgesprochen, und damit sei das Problem erledigt. «Es ist nichts Besonderes, dass China seine Sorgen regelmässig artikuliert», sagte Frick. Dies sei schon der Fall gewesen, als Bundesrat Pascal Couchepin mit dem Dalai-Lama zusammengetroffen sei, oder als das Bundesgericht Taiwan Rechtshilfe angeboten habe. «Das gehört zum diplomatischen Powerplay»,



Kritik an privater Reise: Bruno Fricks Engagement für Taiwan stösst nicht überall auf Freude.

Archivbild

sagte Frick. Das Treffen mit dem Botschafter sei als deeskalierende Massnahme zu verstehen.

Als problematisch wird Fricks Gespräch mit dem taiwanesischen Präsi-

denten von Beobachtern deshalb beurteilt, weil Frick in seiner Eigenschaft als Privatmann unterwegs war, in den Augen Taiwans aber als Vertreter der Schweiz wahrgenommen werde. «Na-

türlich bin ich als Ständeratspräsident nie ganz privat unterwegs», erklärt Frick. «Er wurde als Repräsentant der Schweiz wahrgenommen», sagt Erwin Jutzet.

Beschwerde bei Bundesgericht

Genossame Lachen wehrt sich

Mit dem Urteil vom 10. August verlangte das Verwaltungsgericht des Kantons Schwyz von der Genossame Lachen und der Korporation Pfäffikon, dass das reine Abstammungsprinzip für die Mitgliedschaft gelten soll.

● VON MANUELA GILI

Wer in die Korporation Pfäffikon oder die Genossame Lachen aufgenommen werden will, muss über einen entsprechenden Geschlechternamen und ein bestimmtes Bürgerrecht verfügen. Diese statutarischen Bestimmungen verhindern insbesondere die Aufnahme der Nachkommen von weiblichen Korporations- und Genossenbürgerinnen. Dagegen hatten fünf Personen beim Verwaltungsgericht Schwyz Beschwerde eingereicht. Dieses unterstützte am 10. August die Beschwerdeführer und verpflichtete die Korporation Pfäffikon und die Genossame Lachen, die fünf Geschlechter aufzunehmen. Die Genossame Lachen hat nun den Verwaltungsgerichtsentscheid beim Bundesgericht mit einer Beschwerde angefochten.

«Mit diesem Entscheid greift das Verwaltungsgericht fundamental in das von der Schwyzer Kantonsverfassung garantierte Selbstbestimmungsrecht der Schwyzer Korporationen ein», begründet Pirmin Schwander, Präsident der Genossame Lachen, den Entscheid auf Anfrage. Die Bundesverfassung gestehe ihnen das Recht zu, autonom die Aufnahmekriterien festzulegen. Dies ist für Schwander eine wichtige Grundvoraussetzung, denn: «Wir wollen Leute in der Genossame, die bei uns verwurzelt sind und auch in den Arbeitsgruppen mitarbeiten.» Ihre Statuten seien geschlechterneutral, so Schwander. «Diskriminierend ist die Bundesverfassung, sie ist auf Männer ausgerichtet.» Schwander hätte es

besser gefunden, wenn das Verwaltungsgericht der Genossame den Auftrag gegeben hätte, die Statuten zu überarbeiten, anstatt die Zugehörigkeitsvoraussetzungen Geschlechtername und Bürgerrecht ersatzlos zu streichen. Die Geschlechter, welche beim Verwaltungsgericht Beschwerde eingereicht hatte, stammt zwar von einer Genossenbürgerin ab, trägt aber weder einen vorgeschriebenen Geschlechternamen noch verfügt sie über das Bürgerrecht von Lachen, Altendorf oder Galgenen.

Frage nicht neu

Anzumerken ist, dass die Frage nach den Nachkommen der Genossenbürgerinnen nicht neu ist. Die Genossame Lachen führte im September 2003 eine Statutenrevision durch. Damals wurden die Modelle bisherige Lösung, Geschlechtergenossame und Abstammungsgenossame diskutiert. Die Stimmberechtigten entschieden sich, den Ist-Zustand beizubehalten. Der Regierungsrat segnete die neuen Statuten laut Schwander im Dezember 2003 ab.

Pfäffikon verzichtet

Die Korporation Pfäffikon verzichtet hingegen laut einer Medienmitteilung auf eine Beschwerde in Lausanne. «Dieser Verzicht ist vorab damit begründet, dass alle vier Geschlechter über das Bürgerrecht von Freienbach verfügen. Der fehlende Geschlechtername ist dagegen bereits seit dem Entscheid des Bundesgerichts vom Jahre 1991 im Zuger Fall «ins Wanken geraten», schreibt die Korporation Pfäffikon. Man habe zudem umso mehr auf eine eigene Beschwerdeführung verzichten können, da die Genossame Lachen ihren Fall ans Bundesgericht weiterziehe. «Der diesbezügliche Entscheid aus Lausanne wird für alle Schwyzer Korporationen Auswirkungen haben», so die Korporation Pfäffikon.

Startschuss für Projekt

Generalversammlung des «frauennetzes kanton schwyz»

Das Projekt Fachfrauennetzwerk ist einzigartig in der Schweiz. Politisch engagierte Frauen können sich im Kanton Schwyz auf einer Homepage Unterstützung holen.

● VON CHRISTINE TSCHÜMPERLIN

«Die Anregung ist von den Politikerinnen selber gekommen», informierte Präsidentin Martina Joller anlässlich der Generalversammlung des «frauennetzes kanton schwyz». Frauen in politischen Ämtern wünschten sich mehr Unterstützung und Beziehungen, damit sie ihre Sachgeschäfte gut vorbereiten könnten. «Doch aufgrund der Mehrfachbelastung in Familie, Beruf und politischem Engagement fehlt ihnen oft die Zeit für aufwändige Recherchen», erklärte die Brunner Gemeinderätin den rund 30 Anwesenden. Das überparteiliche «frauennetz kanton schwyz» hat dieses Anliegen aufgenommen. Am Sams-

tagabend präsentierte Birgitta Michel Thenen im katholischen Pfarreizentrum Pfäffikon das Projekt Fachfrauennetzwerk. Dieses besteht aus einer Datenbank, die auf der Webseite des Vereins www.frauennetzschwyz.ch für Mandatsträgerinnen und Mitglieder frei zugänglich ist. Die Website enthält nach Erfahrungs- und Wissensgebiet registrierte Fachfrauen. «Über eine Suchfunktion mit Stichworten und Adresslisten finden Politikerinnen schnell eine geeignete Fachfrau zu einem bestimmten Thema», führte die Rickenbächlerin ins Thema ein. Noch ist dieses Netzwerk im Aufbau begriffen. Das «Fachfrauennetzwerk» ist ein Pionierprojekt. «Die Idee ist, dass eine erste telefonische Beratung kostenlos ist», führte die Projektleiterin weiter aus. Nebst Informationen und Erfahrungen vermitteln die Expertinnen auch Kontakte zu weiteren Fachpersonen.

Politisch ungebunden

Der Verein frauennetz selbst ist im

Jahr 2001 als Partnerorganisation der Gleichstellungskommission gegründet worden. Er ist politisch ungebunden und setzt sich die Förderung der politischen Gleichstellung im Kanton Schwyz zum Ziel. Auch im kommenden Vereinsjahr sind Aktivitäten geplant. Gemeinsam mit der FFS-Erwachsenenbildung Schwyz ist erneut ein Kursangebot «Auftreten in der Öffentlichkeit» vorgesehen. Das nächste Treffen des FrauenForums finden am Freitag, 21. Oktober, im Haugsäli, Schwyz, mit Evelyn Reich, Leiterin des Amts für Gesundheit und Soziales, und Carla Contratto, Vizestaatsanwältin, statt. Das FrauenForum vom Freitag, 19. Mai 2006, ist dem Thema «Frauen und Finanzen» gewidmet.

Neu in den Vorstand gewählt wurden Lilo Beuter, Feusisberg, als Vertreterin des katholischen Frauenbunds, sowie die SVP-Frau Judith Übersax aus Sattel. Ihren Rücktritt aus dem Vorstand gaben Esmeralda Reichmuth aus Ibach sowie die beiden Brunnerinnen Gabi Rät und Deborah Schaub bekannt.



Start von «Fachfrauennetzwerk»: Die ersten Expertinnen tragen sich auf der Homepage ein, von links Gemeinderätin Martina Joller, Erziehungswissenschaftlerin Birgitta Michel Thenen und Prorektorin Lisa Oetiker.

Bild Privatarchiv